

Eine eigene Kategorie – das Vereinigte Königreich und die europäische Integration

*William E. Paterson**

In diesem Beitrag wird auf die fünf Jahrzehnte zurückgeblickt, die seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge vergangen sind.¹ Der britische Beitritt zu den Römischen Verträgen ließ noch weitere 15 Jahre auf sich warten und es gibt Stimmen, die besagen, dass die Römischen Verträge im Vereinigten Königreich niemals vollständig akzeptiert wurden.

Gruppen von Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union lassen sich gemäß ihrer Akzeptanz der Römischen Verträge und der europäischen Integration in vier Gruppen einteilen. Die sechs Gründungsmitglieder waren die Urheber der Verträge und die Verträge spiegeln demgemäß ihre zentralen Vorstellungen wider. Egal wie man sich die Gründung und Entwicklung der Europäischen Union erklärt – als Versöhnung und zur Friedenssicherung, als stabiles und gegenseitig nützlich Rahmenwerk für Deutschland und seine Nachbarn, als gemeinsames wirtschaftliches Interesse² oder als Rettung des Nationalstaats:³ Es gibt eine eindeutige und beständige Übereinstimmung zwischen den Präferenzen der sechs Gründungsmitglieder und den Römischen Verträgen.

Als zweite Gruppe können die Staaten angesehen werden, deren Modernisierungsgeschichte mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union beginnt und die eng mit dieser verflochten ist. Klassische Beispiele dafür sind die Länder der Süderweiterung und Irland. Es fällt auf, dass es Staaten aus diesen beiden Gruppen wie Belgien und Spanien waren, die beim ‚Brüssler Gipfel‘ 2007 als erste den Versuch unternahm, die Abschwächung des Textes des Verfassungsvertrages zu verhindern.

Die dritte Gruppe, die der späteren Erweiterungen, ist heterogener. Schweden und Finnland brauchten die Europäische Union nicht für ihre politische und wirtschaftliche Modernisierung, und auch wenn sie der Mitgliedschaft im Prinzip positiv gegenüber stehen, so lässt ihre Haltung doch die affektive Bindung der Länder der ersten beiden Gruppen vermissen. Die mittel- und osteuropäischen Staaten der letzten Erweiterungsrunde traten unter weniger großzügigen Bedingungen bei als ihre südlichen Nachbarn. Sie sind erst seit wenigen Jahren Mitglieder. Durch ihre Vergangenheit der Fremdherrschaft ähneln ihre Erfahrungen jedoch denen der Länder der zweiten Gruppe. Die Länder weisen große Unterschiede in der Akzeptanz der Europäischen Union auf. Die Einstellungen reichen von Skepsis wie in Polen und der Tschechischen Republik bis hin zu affirmativen Haltungen in Slowenien und den baltischen Staaten.

* Prof. Dr. William E. Paterson, Direktor, Institute for German Studies, University of Birmingham.

- 1 Der Text basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser auf der wissenschaftlichen Konferenz „50 Jahre Römische Verträge“ gehalten hat. Die Konferenz wurde vom Institut für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration und dem Centre International de Formation Européenne in Berlin durchgeführt.
- 2 Andrew Moravcsik: *The Choice For Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca 1998.
- 3 Alan S. Milward: *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992.

Großbritannien

„Diejenigen, für die Europa das Vaterland sein soll, können nicht umhin anzuerkennen, dass Europa in britischen Augen (außer für eine kleine Minderheit) niemals mehr als ein Mittel für etwas anderes sein wird.“⁴

Großbritannien hat seine eigene Kategorie. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass das Vereinigte Königreich der Europäischen Gemeinschaft aus nahezu ausschließlich wirtschaftlichen Gründen beigetreten ist. Die Legitimität des britischen Staates hat zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestanden und es gab beachtlichen – manchmal ungerechtfertigten – Stolz auf die demokratischen Institutionen auf der Insel. Wo der britische Nationalstaat Defizite auf anderen Gebieten als der Wirtschaft hatte, blickte man auf die USA. Mitte der 1950er Jahre hatten sich die Briten von dem Standpunkt verabschiedet, dass sie eine Großmacht waren, nicht weit von der Größenordnung der beiden Supermächte entfernt. Das Schlüsselerlebnis war hier der Fehlschlag der britisch-französischen Invasion am Suezkanal 1956. Alle nachfolgenden britischen Regierungen zogen aus Suez den Schluss, dass Großbritannien sich eng an die USA anschließen müsse und dass ein Alleingang nicht ins Auge gefasst werden dürfe.

Die britische Entscheidung, die Mitgliedschaft zu beantragen, rührte von der Erkenntnis her, dass Großbritannien außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einem unaufhaltsamen Niedergang ausgesetzt wäre, da die traditionellen Märkte enger wurden. Die geringe Produktivität der britischen verarbeitenden Industrie zeigte sich in sinkenden Exportzahlen.⁵

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schien zwei Mittel gegen das anzubieten, was später als englische Krankheit bezeichnet werden sollte. Erstens bot sie einen viel größeren Markt für britische Exporte. Das kurzlebige Experiment der Europäischen Freihandelszone (EFTA), in der sich Großbritannien mit einigen kleinen Staaten zusammengeschlossen hatte, hatte vor allem den kleinen Staaten genutzt, die dadurch Zugang zu einem großen Markt hatten. Doch für Großbritannien hatte der Zugang zu den getrennten Märkten der verschiedenen kleinen Staaten wenig Nutzen. Zweitens wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gesellschaftspolitisch als eine Möglichkeit betrachtet, den Griff zu lockern, in dem die Gewerkschaften die britische Wirtschaft hielten.

Es war der stete Niedergang der wirtschaftlichen Position Großbritanniens, der die britische Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bewirkte. Man hatte auf der Insel erkannt, dass man sich in einer Spirale nach unten befand und dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht nur eine Anerkennung der Regionalisierung der europäischen Wirtschaft bedeutete, sondern auch, dass eine Öffnung der Wirtschaft für größeren Wettbewerbsdruck als ‚kalte Dusche‘ Starrheiten vor allem auf dem Arbeitsmarkt aufbrechen und die britische Wirtschaft wiederbeleben würde. Diese Hoffnung erwies sich in den ersten zehn Jahren der Mitgliedschaft als Fehlschluss und die Abwärtsspirale kulminierte schließlich 1978/79 im *winter of discontent*.

Die britische Abwärtsspirale sollte von einem endogenen Schock alias Margaret Thatcher angegangen werden, die wie ein Asteroid in das politische und wirtschaftliche System Großbritanniens einschlug. Sie drängte die britische Wirtschaft entschieden in Richtung Marktwirtschaft. Die längerfristigen Auswirkungen für die britischen Beziehungen zur Europäischen Union waren nicht sofort erkennbar, als Thatcher 1984 den lang andauernden

4 Raymond Aron: *Memoirs; Fifty Years of Political Reflection*, New York 1990, S. 288.

5 Peter Hennessy: *Having It So Good; Britain in the Fifties*, London 2006, S. 614.

Haushaltskonflikt beendete und eine zentrale Rolle bei der Schaffung des Binnenmarktes spielte, der hoffentlich über die Jahre hinweg besser zur immer weiter liberalisierten britischen Wirtschaft passen würde. Diese Hoffnungen sollten enttäuscht werden, da sich Großbritanniens Hauptinteresse, die Liberalisierung im Dienstleistungssektor, als sehr langwierig erwies. Um die Einführung des Binnenmarktes zu gewährleisten, hatte Margaret Thatcher in der Einheitlichen Europäischen Akte der Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zugestimmt, wobei sie den dadurch entstehenden Integrationsdruck jedoch erheblich unterschätzt hatte.

Der Fall der Mauer in Deutschland im Herbst 1989 stellte für die anderen Mitgliedstaaten einen Impuls für eine weitere Vertiefung der Integration dar. In Großbritannien wurde dies anders gesehen. Die britische Rechte und viele Geschäftskreise, die bisher die Regionalisierung der europäischen Wirtschaft unterstützt hatten, betrachteten den Zusammenbruch des sowjetischen Systems und die Öffnung Chinas als Vorzeichen einer stark beschleunigten Globalisierung, auf die die Politik mit Deregulierung, niedrigen Steuern, flexiblen Arbeitsmärkten und Privatisierung reagieren sollte. Dies wirkte sich negativ auf die britische Einstellung gegenüber der Europäischen Union aus. Besonders da Großbritannien ein ‚Vernunfteuropäer‘ ist und die EU-Mitgliedschaft unter überwiegend wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wurde und wird.

Der Blair-Effekt

Von Tony Blair und New Labour wurde erwartet, Großbritannien in der Europäischen Union neu zu verankern und durch die Nähe zur Clinton-Administration zu einer besseren transatlantischen Beziehung beizutragen. Obwohl New Labour die Konservativen als ‚Europa-Partei‘ ersetzt hatte und Blair der pro-europäischste Premierminister seit Edward Heath war, erwies sich sein oft erklärtes Ziel, die britischen Bürger mit der EU-Mitgliedschaft auszusöhnen, als unerreichbar. Als er 2007 von seinem Amt zurücktrat, waren die Beziehungen zur Europäischen Union alles andere als geregelt.

Anfänglich konnte Blair Großbritannien erfolgreich aus der Isolation befreien, welche die letzten Jahre der Regierung Major geprägt hatte, und es gelang ihm über lange Zeit, die britische Position in der Europäischen Union zu verkaufen. Sein Anspruch, Großbritannien als Führungsmacht in Europa zu etablieren, hatte allerdings nur zeitweise Erfolg. Es überrascht nicht, dass Großbritanniens positivster Beitrag in neuen Politikfeldern, wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, erfolgte und nicht in denen, die bereits vor dem britischen Beitritt bestanden hatten. Die Regierung Blair kann sich in der Tat in diesem Bereich den Erfolg auf ihre Fahnen schreiben, sich im Abkommen von St. Malo (1998) von einigen der bis dahin eisernen pro-NATO-Auffassungen befreit zu haben, was zumindest potenziell die Möglichkeit bot, als Brücke zwischen den USA und Europa zu fungieren – was schließlich in der Kosovofrage auch gelang.

Die neue Bush-Administration sowie die Tragödie des 11. September und die Irak-Krise lösten bekanntlich eine ganze Reihe von Ereignissen aus. In der Irak-Krise wurde deutlich, dass Blair der Meinung war, nur eine bedingungslose Unterstützung der Regierung der USA würde Einfluss in Washington bringen. Es schadete Blairs Bemühungen um die Brückenfunktion, dass nie klar war, dass der zu gewinnende Einfluss eher europäisch als britisch war. Die Brückenmetapher, die nie wirklich glaubwürdig war – warum sollten führende EU-Mitgliedstaaten ein Land als Brücke zu den USA brauchen –, wurde durch die Irak-Krise vollständig ausgehöhlt: Der britische Premierminister erschien als ein „accidental Ameri-

can“⁶ ohne über den sichtbaren Einfluss zu verfügen, der eine solche Politik zumindest in Großbritannien legitimiert hätte.

Auch wenn Blair immer noch in der Lage war, die britische Position in Europa zu verkaufen, wie es etwa bei der Aushandlung des EU-Haushaltes beim Gipfeltreffen im Dezember 2005 deutlich wurde, so scheiterte er trotz der großen Mehrheiten, die er während seiner beiden ersten Amtszeiten hatte, daran, den Briten die Europäische Union nahezubringen. Angesichts seines oft erklärten Engagements für die Europäische Union erstaunt sein Unvermögen sich damit durchzusetzen. Es gibt jedoch mehrere mögliche Erklärungen dafür: Blair hatte lange Zeit das Ziel, Großbritannien in die Europäische Währungsunion zu führen. Deshalb zögerte er, sich den Zorn von Finanzminister Gordon Brown zuzuziehen, der das letzte Wort in dieser Sache hatte. Blairs Engagement für den Euro wurde in Interviews aus der Zeit seines Rücktrittes deutlich. So offenbarte Clare Short, damals Entwicklungsministerin in Blairs Kabinett, dass Blair sie gebeten hatte, als Vermittler zu agieren und Gordon Brown mitzuteilen, dass Blair zurücktreten würde, sobald Brown einer britischen Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion zustimmen würde. Zu der Zeit hatte das Misstrauen ein solches Niveau erreicht, dass Brown dies als taktischen Trick betrachtete und befürchtete, dass Blair auch nach einer Zustimmung nicht zurücktreten würde. Blair war zudem sehr vorsichtig, die Europäische Union auf die politische Agenda zu setzen, da die Europäische Union von seinen Gegnern entweder als europäischer Superstaat oder als Europäische Währungsunion dargestellt wurde. Die relativ schwache Wirtschaftsleistung der Länder der Euro-Zone verstärkte die hyperglobalisierte Position, die in euroskeptischen Medien permanent wiederholt wurde und einen merklichen Einfluss auf die europäische Debatte hatte.

Die negative Stimmung in Großbritannien wurde durch eine scheinbar führer- und ziellose Europäische Union noch verstärkt. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden wurden die Staats- und Regierungschefs dieser Mitgliedstaaten mit der Ausnahme von der neugewählten Bundeskanzlerin Angela Merkel als Politiker auf Abruf betrachtet. Auch die Schwäche der Europäischen Kommission, die als stärkster Verbündeter Großbritanniens bei der Liberalisierung gilt, weckte starke Bedenken, auch wenn der britische Beitrag zu dieser Schwäche nicht genügend anerkannt wurde. Dies wird flankiert von einer halbherzigen Unterstützung für den Europäischen Gerichtshof, der eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung spielt.

Derzeit gibt es also eine Situation, in der die Konservativen in Intergouvernementalisten/gemäßigte Euroskeptiker und Hyperglobalisten/harte Euroskeptiker gespalten sind. Der Einfluss dieser Ansichten spiegelt sich in Blairs Rede über Europa vom 2. Februar 2006 wider, die er am St. Antony's College in Oxford hielt. Während seine Rede vom November 2001 in Birmingham noch als kodiierter Hinweis für eine Bereitschaft zum Beitritt zur Europäischen Währungsunion gelesen werden konnte, betonte er in seiner Rede in Oxford das Primat der Wirtschaft vor der Politik und die Priorität, die Wirtschaft auf den rechten Weg zu bringen. Noch klarer wurde seine neue Position durch seinen Begriff „praktischer Skeptizismus“.

Somit ist die Euroskepsis in der gemäßigten Form von den Rändern der britischen politischen Debatte ins Zentrum gelangt. Durch die zunehmend ‚skeptische Wende‘ des politischen Diskurses und die gleichzeitig stetig zunehmende Europäisierung der britischen Staatsmaschinerie entsteht ein großer und paradoxer Spagat.⁷ In der gemäßigten Form erhält die Euroskepsis eine sehr breite Unterstützung. Obschon Anhänger dieser Variante kaum ei-

6 James Naughtie: *The Accidental American: Tony Blair and The Presidency*, Basingstoke 2004.

7 Ian Bache/Andrew Jordan (Hrsg.): *The Europeanization of British Politics*, Basingstoke 2006 (Palgrave Studies in European Union Politics).

nen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union unterstützen würden, so erscheint es doch unwahrscheinlich, dass Großbritannien der Europäischen Union neuen Auftrieb geben wird – zumindest nicht jenseits des Einsatzes für weitere Wirtschaftsreformen (Dienstleistungsrichtlinie, Überarbeitung des Haushaltes für 2008, Lissabon-Agenda etc.) und Maßnahmen gegen den Terror.

Nach der Ära Blair

Kurz nach dem Brüsseler Gipfel wurde Gordon Brown Premierminister. Er hatte vor dem Sieg der Labour Party ein ausgeprägteres europäisches Profil als Tony Blair,⁸ aber seine lange Amtszeit als Schatzkanzler und seine wachsende Faszination für die USA bewirkten, dass er heute einer praktisch euroskeptischen Fraktion zugerechnet werden kann. Er rechnet sich als Erfolg an, was die britische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren erreicht hat, und weist Kritik und Einmischung aus Brüssel scharf zurück. Anders als Tony Blair tritt er bei Ratstreffen nur schwach auf, da er Art und Ablauf irritierend findet, aber in politischen Fragen lassen sich zwischen Brown und Blair in Blairs Rede in St. Antony's keine Divergenzen erkennen.

Vom Premierminister Brown wird erwartet, dass er die Perspektive eines Finanzministers beibehält und die wirtschaftliche Liberalisierung fortsetzt. Anhänger dieser Sichtweise sind wegen des wachsenden Protektionismus in der Europäischen Union alarmiert. Das protektionistische Klima kann auf die andauernde hohe Arbeitslosigkeit in der Eurozone und die steigende Fusionsaktivität zurückgeführt werden, und hat zur Blockade von Übernahmeangeboten, zur Protektion nationaler Vorzeigebetriebe in Frankreich und Spanien und zu einem aufkeimenden populistischen Protektionismus in Polen geführt. Die polnische Haltung ist eine besondere Enttäuschung für die britische Regierung, die den britischen Arbeitsmarkt in sehr liberaler Weise für polnische Migranten geöffnet hat. Es ist unwahrscheinlich, dass Premierminister Brown bei wirtschaftlichen Themen als Brücke fungieren wird, bei denen seine Identifizierung mit den USA stark bleiben wird.

In der kurzen Zeit, in der er Premierminister ist, hat Brown seine Kritiker verwirrt, die dachten, er würde sich sowohl als unflexibel als auch als unpopulär erweisen. Derzeit ist er gegenüber der konservativen Opposition in einer relativ starken Position. Was die Europäische Union anbelangt, liegt der Nachdruck inzwischen auf Kontinuität. Brown hat sich beim Brüsseler Gipfel stark engagiert. Er unterstützte eine Politik, die es anderen Mitgliedstaaten erlaubte vorzupreschen, sicherte Großbritannien aber Opt-outs, wo dies aus wahltaktischen Gründen notwendig erschien, wie im Bereich Justiz und Inneres, und beharrte auf der Einfügung eines Hinweises auf Wettbewerb in die Präambel. Das wichtigste Ziel der britischen Regierung war es, ein Ergebnis zu vermeiden, das die Regierung zur Einhaltung ihres Versprechens zwingen würde, ein Referendum über den Verfassungsvertrag abzuhalten. Browns wachsende Popularität sowie der ‚bescheidene‘ Reformvertrag sollten es der Regierung eigentlich erlauben, dem Druck der euroskeptischen Medien und der konservativen Opposition für ein Referendum zu widerstehen. Browns Position wird jedoch von einer Minderheit in seiner eigenen Partei geschwächt, die sich für ein Referendum ausspricht, sowie von einigen Gewerkschaften, die der Meinung sind, dass zu viele Aspekte des Arbeitsschutzes preisgegeben wurden.⁹

8 William Paterson/Penny Henson: The Labour Party's European Policy: From patriotic party to a party of Europe?, in: William Paterson/Penny Henson (Hrsg.): The European Policies of the Labour and Conservative Parties in Great Britain, Sankt Augustin 1995 (Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien), S. 109-110.

9 Bezüglich der Optionen für Premierminister Brown siehe W. Charles Grant/Hugo Brady/Simon Tilford/Aurore Wanlin: European Choices For Gordon Brown, London 2007 (CER).

Trotz dieser Kontinuität hat sich einiges geändert. So ist die strategische Beziehung mit den USA nicht länger „unzertrennlich“ (Lord Mark Malloch-Brown): Browns Besuch in Washington hatte nichts von der Wärme vergleichbarer Besuche Blairs; Außenminister David Milliband und insbesondere Lord Mark Malloch-Brown, Staatssekretär im Foreign Office für Asien, Afrika und die UNO, sind europäischer als ihre Vorgänger; und Brown verzichtete auf seinen Jahresurlaub in Cape Cod. Statt enge Beziehungen mit dem stark geschwächten George Bush aufzubauen, verwendet Brown mehr Energie darauf, enge Beziehungen mit Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy aufzubauen. Viele der aktuellen Probleme – Klimawandel, Energiesicherheit, die neue russische Machtpolitik, Wirtschaftsreform und die Zukunft des Kosovo – fordern in erster Linie eine Zusammenarbeit mit europäischen Politikern.

Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag zeichnet ein ziemlich trübes Bild von der Anpassung der britischen Regierungen an die Europäische Union. Wie andere Mitgliedstaaten ist jedoch auch Großbritannien ein komplexes Gebilde und der britische Beitrag zur Europäischen Union oder das Fehlen eines solchen kann nicht allein auf die Regierungspolitik beschränkt bleiben.

Im Gegensatz zur politischen Elite haben britische Akademiker ein kontinuierliches und oft engagiertes Interesse an der europäischen Integration gezeigt. Prominente Beispiele dafür sind unter anderem Andrew Duff und Professor Lord Wallace. In der ‚Zwischenwelt‘ von Politik und Wissenschaft hat John Pinder eine europaweit anerkannte Rolle gespielt. Die Vorreiterrolle der britischen Akademiker auf diesem Gebiet zeigt beispielhaft die Zeitschrift *Journal of Common Market Studies*, die seit ihren Anfängen 1962 die führende Zeitschrift weltweit zur Untersuchung der europäischen Integration ist. Auch die Juristen in Großbritannien und vor allem die Justiz haben das Gemeinschaftsrecht ohne große Schwierigkeiten übernommen. Das Vorabentscheidungsverfahren hat sich als ein äußerst willkommenes Instrument für eine neue Generation ‚aktivistischer‘ Richter erwiesen.

Der öffentliche Dienst in Großbritannien zeigt ein kurioses Paradox. Während die Politik der Legislative im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten nur sehr schwach europäisiert ist, ist die Europäisierung des öffentlichen Dienstes sehr schnell erfolgt. Diese Europäisierung des öffentlichen Dienstes zeigt sich auch in einer sehr starken Bilanz der Umsetzung europäischer Politik.

Trotz der Hoffnungen in anderen Mitgliedstaaten, dass Großbritannien einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Europäischen Parlamentes haben würde, kamen nur wenige Beiträge zur institutionellen Entwicklung aus Großbritannien. Hinsichtlich einzelner Politikfelder gibt es drei, in denen Großbritannien einen großen Einfluss auf die politische Entwicklung hatte: Großbritannien ist immer für eine Erweiterung eingetreten und, zumindest nach der Ära Thatcher, für Wettbewerbsfähigkeit. Eher überraschend hat Großbritannien im Abkommen von St. Malo und in darauf folgenden Verhandlungen auf EU-Ebene viel zur Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beigetragen.

Trotz dieser positiven Elemente bleibt das Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Union von zwei sehr bedeutsamen Schwächen geprägt. Am problematischsten sowohl für Großbritannien wie für die Europäische Union ist, dass Großbritannien seine Interessen zu eng definiert. Natürlich verfolgen alle Mitgliedstaaten innerhalb der multilateralen Institutionen der Europäischen Union eigene Interessen. Die spezifische Schwäche Großbritanniens liegt darin, die Mitgliedschaft nicht bereits als ein Interesse an sich zu sehen. Eine

funktionierende Europäische Union liegt auch deshalb im Interesse von Großbritannien und der anderen Mitgliedstaaten, da die institutionelle ‚Schlagkraft‘ der Europäischen Union es ihnen erlaubt, Dinge voranzutreiben, die sich sonst schwieriger gestalten, wie beispielsweise bei der Klimapolitik. Im Falle Großbritanniens wird dieses Interesse jedoch häufig ausgeblendet durch eine Fokussierung auf die Agenden von Medien und Öffentlichkeit, welche die britischen Interessen als Gegensatz zu den Interessen der Europäischen Union verstehen. Diese Haltung wird auch in der Debatte über den Verfassungsvertrag deutlich.

Die Unfähigkeit aller britischen Regierungen, einen dauerhaften Konsens für die britische Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu schaffen oder auch nur in Angriff zu nehmen, führt zu einer anhaltenden Verkürzung der britischen Interessen an Europa und bedingt diese sogar in gewissem Maße. Dies bleibt Tony Blairs signifikantestes Scheitern in der Europapolitik, der sein Amt ja mit dem Entschluss angetreten hatte, eine enge Beziehung zwischen dem britischen Volk und der Europäischen Union zu schaffen. Einmal im Amt konzentrierte er sich jedoch darauf, ‚Großbritannien‘ in Brüssel durchzusetzen statt die Europäische Union auf der Insel populär zu machen und verließ sein Amt mit einer öffentlichen Meinung, die nachweislich beunruhigt war über die britische Position in der Europäischen Union. Blair hatte damit zu kämpfen, dass im Falle Großbritanniens konkrete wirtschaftliche Vorteile viel schwieriger identifiziert werden können als bei einigen anderen Mitgliedstaaten. Zudem fehlt auch eine große Interessensgruppe, die von Europa profitiert, wie in einigen anderen Mitgliedstaaten etwa der Agrarsektor. Man hatte gehofft, dass die Wirtschaft eine solche Interessensgruppe bilden würde. Die zentralen Interessen der Wirtschaft wurden jedoch eher intern von Premierministerin Thatcher als extern von der Europäischen Union berücksichtigt.

Die vielleicht größte Schwierigkeit ist jedoch die Identität und die Rolle der Erinnerung. Das Schlüsselerlebnis für die britische Öffentlichkeit ist und bleibt die heroische Rolle Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg. Eine solche Sichtweise verstärkt Werte wie Verteidigung und Misstrauen gegenüber europäischen Nachbarn. Es gibt eine greifbare Lücke im britischen Bewusstsein über die Welt nach dem Weltkrieg. Es ist jedoch diese Nachkriegswelt, die erlebte, welchen Erfolg die Schaffung multilateraler Institutionen und die Übertragung von Souveränitätsrechten bringen kann. Dieser fehlende Konsens in Großbritannien über das Positive einer Souveränitätsabgabe, außer an die NATO, hat sowohl Großbritannien als auch die Europäische Union geschwächt. Denn jede multilaterale Institution wird durch einen großen Mitgliedstaat geschwächt, dessen Öffentlichkeit sich von ihr distanziert.

Die britische Zurückhaltung bezüglich der Europäischen Union überrascht umso mehr, wenn man bedenkt, dass sich die Union durch diverse Erweiterungen und die Auswirkungen der Globalisierung in eine Richtung verändert hat, die Großbritannien eigentlich wesentlich sympathischer sein müsste. Es ist eine Sache, sich über etwas zu beschweren, das man nicht ändern kann, wie die besondere Stellung der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft, aber es ist eine andere, sich über etwas zu beschweren, das man als eigenen Erfolg reklamiert hat, wie es Großbritannien etwa im Vorfeld des Gipfels in Brüssel bei der künftigen Rolle des Hohen Vertreters für Außenpolitik getan hatte. Es ist nicht auszuschließen, dass der Druck der aufgeheizten Öffentlichkeit in Großbritannien die britische Regierung zwingen wird, bei der Regierungskonferenz über den Reformvertrag in der einen oder anderen Frage ein Scheingefecht zu führen.

Übersetzung aus dem Englischen von Gudrun Staedel-Schneider.